



Vollkommen unzureichend

Soziale Lage der Flüchtlinge in Polen

Wolfgang Pomrehn

Die polnische Wirtschaft ist von der Einführung der Marktwirtschaft arg gebeutelt worden. Die alten, großen Industriebetriebe, 1.980 Zentren einer selbstbewussten Arbeiterklasse, die mit der unabhängigen Gewerkschaft Solidarnosc die Regierung herausforderte, sind heute nur noch ein Schatten ihrer selbst. Rund 20 Prozent beträgt die Arbeitslosigkeit und die Löhne liegen meist unter dem deutschen Sozialhilfeniveau. Die Preise sind zwar deutlich niedriger als in Deutschland, durch den gemeinsamen Markt hat die Inflation jedoch wieder zugenommen. Mittelfristig wird sich das Preisgefälle abflachen, d.h. für die Polen/innen wird das Leben teurer werden, und die Aussichten sind gering, dass die Löhne schnell genug angepasst werden.

Das sind die Rahmenbedingungen, um die soziale Lage der Flüchtlinge in Polen zu verstehen, die bisher die meisten dazu getrieben hat, weiter nach Westen zu ziehen. Die allgemeine Armut rechtfertigt in keiner Weise die schlechte Versorgung, erklärt sie aber insofern, als dass in Polen die Flüchtlinge leider wie fast überall in der Welt am unteren Ende der sozialen Hierarchie stehen.

Kaum ärztliche Versorgung

Solange der Antrag auf Asyl bearbeitet wird, haben Flüchtlinge zumindest eine Garantie für ein Dach über dem Kopf. Bisher sind sie zumeist im zentralen Aufnahmelager Dembak in der Nähe von Warschau untergebracht. Ob das in Zukunft den wachsenden Zahlen genügen wird ist allerdings zweifelhaft. Dembak ist übrigens nicht mit den Internierungs- oder Abschiebelagern entlang der Grenzen zu verwechseln. Anders als dort sind die Flüchtlinge im Aufnahmelager nicht eingesperrt. Wer als „illegal“ nach dem Grenzübergang in einem Abschiebelager landet kann von dort einen Antrag auf Asyl stellen und kommt dann nach Dembak. Für TschetschenInnen erfolgt

die Überführung nach Auskunft des UNHCR innerhalb weniger Tage.

Die medizinische Versorgung im Aufnahmezentrum ist katastrophal. Die Flüchtlinge bekämen eher Schmerzmittel als teure Medikamente verschrieben, heißt es sowohl bei der Helsinki-Stiftung als auch bei der Polnischen Humanitären Aktion (PAH). Spontan äußerten verschiedene polnische GesprächspartnerInnen allerdings, dass die Versorgung für alle im Land sehr schlecht ist.

Wegen mangelnder Perspektive haben anerkannte Flüchtlinge Polen bisher meist wieder verlassen.

Es gibt für die Flüchtlinge im Zentrum keine zahnärztliche Behandlung, und Krankheiten werden nur behandelt, insofern eine Ansteckungsgefahr besteht. Nichtansteckende chronische Krankheiten bleiben hingegen unversorgt. Der Besuch eines Facharztes oder ähnliches kann im Prinzip beantragt werden, wird aber zumeist mit dem Verweis auf fehlende finanzielle Mittel abgelehnt.

Wohnungsnot

Richtig problematisch wird die soziale Lage für mittellose Flüchtlinge, wenn der Antrag anerkannt wurde oder es eine Duldung gibt (siehe Seite 15). Spätestens zwei Wochen nach dem Ende des Verfahrens muss das Aufnahmezentrum verlassen werden, wobei es keine Hilfe bei der Vermittlung von Wohnungen gibt. Die Flüchtlinge haben zum einen das Problem rassistischer Vorbehalte potenzieller VermieterInnen,

zum anderen gibt es in Warschau, wo die Mehrzahl der Flüchtlinge lebt, einen permanenten Wohnungsmangel, heißt es bei der PAH. Mietwohnungen sind überwiegend Eigentum von Genossenschaften mit Anwartszeiten von vielen Jahren. Kommunaler Wohnungsbau findet nicht statt, so dass die lokalen Behörden nur über sehr wenig Wohnraum verfügen, den sie verteilen könnten. Der nimmt außerdem noch durch die anhaltende Reprivatisierung weiter ab. PAH versucht bei der Wohnungssuche zu helfen, aber es kommt nicht selten vor, dass selbst Familien einfach auf der Straße landen.

Anerkannte AsylbewerberInnen bekommen ein Jahr lang monatliche Unterstützung, und zwar pro Person maximal 1000 Sloty (240 Euro). Je nach Anzahl der Familienmitglieder nimmt der pro-Kopf-Betrag allerdings ab. Minimum ist 450 Sloty (107 Euro). Eine Zwei-Zimmer-Wohnung kostet in Warschau etwa 1200 Sloty (286 Euro). Die anerkannten Flüchtlinge haben außerdem ein Anrecht auf (obligatorischen) Sprachunterricht, der von PAH organisiert oder vermittelt wird. Von der Polnischen Flüchtlingsvereinigung wird der Sprachunterricht allerdings als mangelhaft kritisiert. Die Kurse finden oft tagsüber statt, so dass sich die Flüchtlinge zwar einschreiben würden, aber eher arbeiten gingen, um irgendwie über die Runden kommen zu können.

Insgesamt wird das Integrationsprogramm auch von PAH als vollkommen unzureichend eingeschätzt. Wegen mangelnder Perspektive haben anerkannte Flüchtlinge Polen bisher meist wieder verlassen. Selbst mit Polen verheiratete AusländerInnen haben es sehr schwer, sich zu integrieren, erzählen PAH-MitarbeiterInnen. Das Problem ist nicht zuletzt, eine Arbeit zu finden.

Deutscher Druck

Seitens Deutschland gibt es großen Druck auf die polnische Regierung, die Bedingungen für AsylbewerberInnen zu verschärfen, berichtet Ernest Zienkiewicz vom Warschauer Büro des UNHCR (Hoher Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge). Es könnte also sein, dass dies künftig zu mehr Abschiebungen führt. Auch ist nicht auszuschließen, dass sich die Bewertung der Ukraine und Weißrusslands aufgrund diesen Drucks ändern wird. Bisher gibt es dorthin keine Abschiebungen von TschetschenInnen. Anlässlich der Einweihung eines der neuen Abschiebelager habe kürzlich eine deutsche Regierungssprecherin Polen aufgefordert, sich an die EU-Standards zu halten. Es werde so getan, als bilden diese die Obergrenze, so Zienkiewicz, dabei handele es sich um Mindeststandards. Zienkiewicz: „Sie können sich vorstellen, wie das bei den polnischen Behörden angekommen ist.“ (Soll heißen, deutsche Ratschläge sind in Polen nicht besonders beliebt.)

Es gibt demnächst von verschiedenen NGOs einen Workshop, auf dem eine vergleichende Zusammenstellung der polnischen Standards mit den EU-Richtlinien erstellt werden soll. Für nächstes Jahr wird erwartet, dass die neuen Asyl- und Ausländergesetze angepasst werden. Die Zusammenstellung ist auch als Argumentationshilfe für diese Auseinandersetzung gedacht. Verschiedene GesprächspartnerInnen berichten, dass Personen, die man beim versuchten Grenzübergang nach Deutschland erwischt oder von dort zurückschickt, besonders hart behandelt werden. Im Falle tschetschenischer Familien sei es üblich, Frauen und Kinder wieder im (offenen) Aufnahmelager unterzubringen, während die Männer für zwei bis drei Monate in eines der Internierungslager gesperrt werden.